



Magistrat d Stadt Wien - MA 58 - Wasser- und Schiffahrtswesen
Volksgartenstr 3
1010 Wien

Energie- und Umweltreferat
Abteilung Wirtschaftspolitk
Wirtschaftskammer Wien
Stubenring 8-10 | 1010 Wien
T 01/514 50-1045 | F 01/514 50-1480
E umwelt@wkw.at
W <http://wko.at/wien/umwelt>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
2009/2141/ /IS

Durchwahl

Datum
25.11.2011

Stellungnahme Kanalanlagen u. Einmündungsgebührengesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Wien dankt für die Übermittlung des Entwurfes zur Änderung des Wiener Kanalanlagen- und Einmündungsgebührengesetzes und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die Entlastung des Wiener Kanalnetzes ist zweifelsohne notwendig. Dennoch lässt der Entwurf in einigen Punkten Fragen offen, deren Klärung für eine abschließende Beurteilung aus Sicht der Wirtschaft unerlässlich ist.

Den erläuternden Bemerkungen ist zu entnehmen, dass Anlagen mit großen Dach-, Parkflächen etc. das Kanalsystem unverhältnismäßig in Anspruch nehmen. Niederschlagswässer seien daher weitgehend vor Ort zu behandeln. Regenwässer „sollten daher weitgehend im natürlichen Kreislauf belassen, vor Ort genutzt, versickert oder gespeichert werden“.

Ein Vorrang der Nutzung oder Versickerung von Regenwässern ist der Idee nach begrüßenswert, da nachhaltig und umweltgerecht. Es ist aber nicht ersichtlich, wie diese Ziele im innerstädtischen Bereich umgesetzt werden sollen, wo eine nahezu 100%ige Versiegelung des Bodens gegeben ist.

Die Versickerung der gesamten Regenwassermengen ist hier nicht denkbar. Alternativ käme - dem Wortlaut der Erläuterungen folgend - bloß die Sammlung von Regenwässern in Behältnissen in Betracht. Die einzig sinnvolle Nutzung solcher Art gesammelter Regenwässer wäre die Grünflächenbewässerung, die aber im innerstädtischen Bereich mangels betrieblicher Grünflächen weitgehend unmöglich ist.

Verdunstung als dritte und letzte Alternative, ist im innerstädtischen Raum ebenfalls kaum umsetzbar. Die baulichen Maßnahmen dafür würden Wiener Betriebe unverhältnismäßig

belasten, der Platzbedarf für Auffangbehältnisse könnte in den wenigsten Fällen gedeckt werden und die Gefahr übelriechender Brackwässer in den Behältnissen wäre zu groß.

Letztlich bleibt also die Frage, was mit den Niederschlagswässern im verdichteten Urbaugebieten geschehen soll.

Die Wirtschaftskammer Wien fordert daher vor Umsetzung des gegenständlichen Entwurfs diese Planungslücken abzuklären, um eine wirtschaftsverträgliche Lösung zu finden.

Freundliche Grüße
Wirtschaftskammer Wien

